

# SPARTAKIST



HERAUSGEGEBEN VON DER TROZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

Nr. 65

15. DEZEMBER 1989

DM 1,- / 1 Mark

## Arbeiter- und Soldatenräte, jetzt!

Den folgenden Artikel drucken wir in leicht erweiterter und redigierter Form aus Spartakist Arbeiterpressekorrespondenz Nr. 1 (7. Dezember) nach.

Die DDR ist in Gefahr. Westdeutsche Revanchisten und ihre SPD/SDP-Handlanger wollen die DDR verschlingen. Aber die ostdeutschen Arbeiter und Volksarmisten sind nicht gewillt, eine kapitalistische Wiedervereinigung zuzulassen.

Der zynische Wahlfälscher Egon Krenz hat ausgespielt. Aber jetzt preist der neue SED-Vorsitzende Gregor Gysi Kohls Programm für „konföderierte Strukturen“, mit denen der ostdeutsche Arbeiterstaat in das kapitalistische Westdeutschland eingegliedert werden soll. Die Trotzlistische Liga Deutschlands ruft die Werktätigen in Ost und West eindringlich dazu auf, sich einem Ausverkauf der DDR entgegenzustellen! Wir dürfen das, was die Arbeiter mit Schweiß und Hingabe erarbeitet haben, nicht aufgeben.

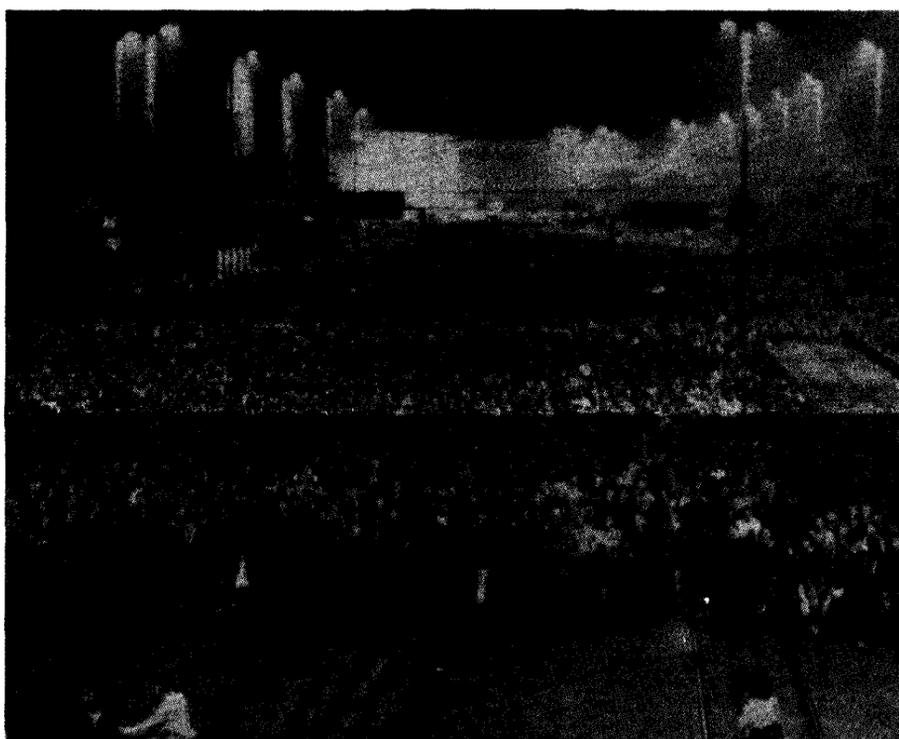
Jetzt ist die alte „Führung“ entweder unter Hausarrest oder auf der Flucht. Hunderttausende von Bürgern sind zu Recht wütend über die korrupte Bürokratie, die sie um die Früchte ihrer Arbeit betrogen hat. Doch sind dies kleine Fische im Vergleich dazu, was ein Ausverkauf an die Imperialisten bedeuten würde.

Als Berichte durchsickerten, daß Berge von Akten und Dokumenten via Schönefeld ausgeflogen werden sollten, weigerte sich das Flughafen-Bodenpersonal, das Flugzeug aufzutanken. Aus Betrieben wurden Delegierte zu den Bürgerkomitees geschickt, die die Stasigebäude unter Beobachtung hielten; in Berlin riefen Arbeiter im Friedrichstadtpalast dazu auf, Arbeiterräte zu bilden. Auch in Rostock, Erfurt, Schwerin und Leipzig wurden Stasi-Büros umstellt und besetzt. In vielen Fällen hinderten Vopos und sogar Mitarbeiter der Stasi ihre ehemaligen Bosse daran, sich mit Belastungsmaterial davonzumachen. Als 500 Mitglieder des Wachregiments F. Dzierzynski hörten, daß Akten verbrannt werden, umstellten sie nördlich von Berlin ein Sicherheitsgebäude und errichteten einen Soldatenrat, um die weitere Zerstörung von Beweismaterial zu verhindern.

Der gerechte Zorn der Werktätigen in der DDR muß zum Motor für Arbeiter- und Soldatenräte werden. Solche Räte könnten nicht nur die Verantwortung übernehmen, wichtiges Beweismaterial sicherzustellen, sondern sie selbst können die politische Macht in die Hände nehmen, um die zentralisierte Wirtschaft wirklich im Interesse der arbeitenden Menschen zu führen. Jetzt ist es wichtig, die Bürokratie zu beseitigen; zur rechten Zeit, wenn die Lage reif dazu ist, autoritative Arbeitertribunale zu errichten, kann dann Gerechtigkeit erteilt werden.

Es gibt eine entscheidende Kraft, die in der DDR schon vorhanden ist: die sowjetischen Soldaten, die dem westlichen Imperialismus gegenüberstehen. Viele Vopos stehen auf der Seite der Bevölkerung; die Stasi säubert ihre

### Kein Ausverkauf der DDR!



Massenprotest in Leipzig, 9. Oktober: Honecker befahl ein Blutbad, aber der Rest des stalinistischen Regimes wich zurück

Führung; die Soldaten sind dabei, die Archive zu verteidigen; und die sowjetische Armee hält sich zurück.

Zu diesem Zeitpunkt darüber zu reden, Waffen zu sammeln, ist eine buchstäbliche Provokation, die nur dazu dienen kann, der Reaktion zu helfen. Es ist eine der großen Tugenden der Revolution, die jetzt in der DDR im Gange ist, daß sie bisher kein Blut vergossen hat, und dies steht in engem Zusammenhang mit ihrer ausgeprägten Demokratie.

Alle behaupten jetzt, Antistalinsten zu sein. Doch eine Menge von denen, die gegen „Korruption“ schreien, tun dies in schwarz-rot-goldenen Farben. In Leipzig riefen einige Demonstranten, die die BRD-Fahne schwenkten – darunter rassistische Skinhead-Punks –, „Rote raus aus der Demonstration“ und „Deutschland einig Vaterland“. Sie versuchten, einen Lynchmob aufzupeitschen, der sich gegen alle SED-Mitglieder und anständigen Militanten richten würde.

Alle klassenbewußten Arbeiter und Soldaten müssen vor solchen gewalttätigen Provokationen auf der Hut sein. Während bei den SED-Spitzen sehr schnell ihre Verwandtschaft mit den Kapitalisten auf der anderen Seite der Grenze zum Vorschein kommt, wollen viele einfache SED-Mitglieder unter der roten Fahne kämpfen. Und viele Demon-

stranten in Leipzig schrien die revanchistischen Losungen nieder und riefen „Nie wieder ‚Deutschland erwache‘“.

Es gibt hier starke antifaschistische Gefühle, die auf der Zerschlagung der Nazis durch die Rote Armee basieren. Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um den faschistischen Abschaum zu zerschlagen! Aber der Wiederaufstieg des Revanchismus im imperialistischen Westen hat zur Wiederbelebung des alten Drecks geführt, von Hitlers Brauhemden bis zu den Erben von Ebert und Scheidemann. Und der Nationalismus der stalinistischen Bürokratie, die 45 Jahre lang ihre Mißwirtschaft betrieben hat, ermutigt chauvinistische Kräfte im eigenen Land, gegen polnische und vietnamesische Arbeiter und gegen die sowjetische Armee. Wir Trotzlisten fordern volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und kämpfen für die revolutionäre Einheit der sowjetischen und deutschen Arbeiter.

Aber während die Bourgeoisie heute ihre faschistischen Kräfte in der Reserve hält, benutzt sie die SPD/SDP als „demokratische“ Speerspitze für die Konterrevolution in der DDR. Die SPD war der CIA-Geldbriefträger für die Machtübernahme von Solidarność in Polen und für die Reaktion in Portugal. Gestern erst gab die SPD eine Erklärung heraus, daß sie die SDP so unterstützen will

wie die Sozialdemokratie in Portugal, die in den 70er Jahren KP-Parteibüros niederbrannte. Aber die Arbeiter in der DDR werden ihre sozialen Errungenschaften nicht ohne Kampf aufgeben. Und es müßte eine freundschaftliche Solidarität mit den sowjetischen Streitkräften geben.

Fortgeschrittene Arbeiter innerhalb und außerhalb der SED haben starkes Interesse ausgedrückt, eine neue KPD gegen die sich formierende SDP zu gründen. Die SED – Thälmanns KPD – hatte ihren 4. August 1914 am 30. Januar 1933, als sie gemeinsam mit der SPD zuließ, daß Hitler kampfflos die Macht ergriff. Die kommunistische Veteranin Ruth Werner rief bei der Demonstration vor dem ZK-Plenum im November dazu auf, die Korruption auszurotten, und forderte einen „sauberen Sozialismus“. Eine neue kommunistische Partei, die sich den leninistischen Normen verpflichtet, würde gegen wirklich unkommunistische Vorurteile zugunsten der BRD oder gegen Vergeltungsmaßnahmen, die sich gegen ehemalige nicht-kriminelle SEDler richten, kämpfen. Eine Räteregierung würde die Ehre und die Bürgerrechte des Trotzlistens Oskar Hippe wiederherstellen, der acht Jahre im DDR-Gefängnis saß.

Die sozialdemokratischen und stalinistischen Klassenverräter haben versucht, die wirklichen Lehren der Arbeiterbewegung unter einem Berg von Lügen zu begraben. Luxemburg war für die Oktoberrevolution; Trotzki führte die Rote Armee! Der proletarische Internationalismus unserer revolutionären Vorväter ist in jeder Weise dem stalinistischen „Sozialismus in einem Lande“ oder, im Falle der DDR, dem „Sozialismus in einem halben Land“ entgegengesetzt. Die Arbeiter in der ganzen Welt beobachten gespannt die Entwicklungen hier. Der „Prager Frühling“ führte 1968 direkt zu einer vorrevolutionären Situation in Frankreich. Was fehlte, war eine revolutionäre Führung. Eine proletarische politische Revolution in der DDR kann der Ansporn sein für die westdeutschen Arbeiter, für die streikenden Bergarbeiter in Workuta und Slask und für politische Revolution von Warschau bis Beijing. Sie kann die Brücke werden zur sozialistischen Revolution in Westdeutschland und in ganz Westeuropa. Für ein Rotes Räte-Deutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! ■

**Gründet  
Spartakist-  
Gruppen**

Siehe Seite 2

**Für ein rotes Deutschland in einem sozialistischen Europa!**

# Briefe aus der DDR

Wir erhalten einen ständigen Strom von Zuschriften, hauptsächlich aus der DDR. Viele unserer Leser verteilen schon *Spartakist Arprekorr*. Aber alle, wie die zwei folgenden Briefe zeigen, wollen mehr über den Trotzismus erfahren.

An die Trotzistische Liga Deutschlands

Mehr einem glücklichen Zufall verdanke ich die Kenntnis von Eurer Liga, ich fand ein Flugblatt, kaum lesbar, in einer Pfütze vorm Bahnhof Schöneweide. Nun, Eure Kontaktadresse konnte ich erkennen und bin an weiteren Informationen interessiert. Vielleicht könnt Ihr mir einen Anlaufpunkt nennen? Ich bin Student für Polit. Ökonomie und litt sehr unter den Verteufelungen, den Anschuldigungen von Unwissenschaftlichkeit und Anarchie an Karl und Rosa und einfach fehlenden Informationen über Trotzki. „Lenins Tod“ vermittelte mir ein Interesse für diesen Mann, das die spärlich vorhandenen Informationen wohl wieder abwürgen sollten. Ich hoffe, Ihr könnt mir weiterhelfen, auch wenn ich bisher nicht organisiert war (Ausnahme FDJ, DSF und na Ihr wißt Bescheid...)

Mit Grüßen

Hallo Freunde von der Trotzistischen Liga Deutschlands!

Hier meldet sich ein Student der marxistisch-leninistischen Philosophie!

Ich wurde auf Euch aufmerksam durch ein Flugblatt - „Spartakist 4“ -, das mir ein Freund letztes Wochenende vom Kurfürstendamm mitbrachte. Es ist natürlich mehr als Aufmerksamkeits, wenn ich Euch heute schreibe. Das Interesse, mit Euch Kontakt aufzunehmen, resultiert nicht nur aus dem Lesen Eures Flugblattes. Für mich ergab sich ein Interesse eigentlich zuerst, ein Interesse an Information, ein Interesse an Meinungsstreit, aus der Konfrontation trotzkistischer Leitgedanken aus den zwanziger Jahren mit dem damaligen Zeitgeschehen und heutigen Entwicklungstendenzen im Studium der Ge-

schichte der Internationalen Arbeiterbewegung.

Wenn wir uns heute wieder in der DDR einst „ausgewanderten“ Künstlern zuwenden, so muß dieses Besinnen - Der Anfang ist gemacht! - ebenfalls bei verschwiegenen und verunglimpften Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung erfolgen. Und Trotzki ist eben nicht nur das, was er selbst war, leider ist er auch das Bild, welches der Stalinismus Jahrzehnte von ihm gemalt hat! Reale Beurteilung vieler Persönlichkeiten im Kontext der Zeit ihres Wirkens und der Möglichkeit des Weiterwirkens ihrer Gedanken in unserer Zeit und weiter ist notwendig. Aber was weiß ich zum Beispiel mehr von Trotzki als 'ne Handvoll Lösungen von ihm. Könnt Ihr mir dabei helfen?

Genauso wäre ich interessiert an mehr Material von Eurer Bewegung, damit wir uns mit Euren Gedanken auseinandersetzen können. (Wie Ihr es vielleicht schon wissen werdet, gibt es hier, überhaupt in der DDR, schon Ansätze der Formierung einer Partei links von der SED.) Spurensicherung muß auf vielerlei Wegen möglich werden!

Ja, und es gibt einige Punkte, an denen ich mich an Euren Flugblatt stoße:

Ist die Verbindung von Leninismus und Trotzismus nicht die Vereinigung von Feuer und Wasser?

Was stellt Ihr Euch unter „wirklichen Arbeiterräten“ vor?

Warum sind „Perestroika“ und „Marktsozialismus“ schuld am Elend „vom Balkan bis zum Baltikum und zum Kaukasus“?

Wie beurteilt Ihr das gesamte Drum-und-Dran bei Gorbatschow?

G.W.F. Hegel: „Wenn alle Bedingungen einer Sache vorhanden sind, so tritt sie in die Existenz.“ In Bezug auf dieses Zitat: Welche zeitliche Dimension seht Ihr für eine proletarische Revolution im Westen? Wie soll „eine proletarische internationalistische Avantgardepartei“ aussehen? (...)

Bis auf weiteres!  
Rot Front!

## Über die Propaganda und Agitation

Nach dem Ersten Weltkrieg existierten keine gestählten und erprobten kommunistischen Parteien. Dies erwies sich bei der Niederlage der Arbeiterrevolutionen in Deutschland, Ungarn und Italien als entscheidend. Die Kommunistische Internationale stellte sich die Aufgabe, den jungen Parteien, die sich ihr erst vor kurzem angeschlossen hatten, die Lehren des Sieges der Bolschewiki zu vermitteln. Die „Organisationsresolution“ hatte das Ziel, die Erfahrung zusammenzufassen, die beim Aufbau der leninistischen Partei, des notwendigen Instruments für diesen Sieg, gewonnen wurde. Aus dieser Resolution drucken wir nachstehend einen Auszug aus dem Abschnitt „Über die Propaganda und Agitation“ ab. Dieser Teil ist von besonderer Bedeutung für die Aufgaben beim Aufbau der Spartakist-Gruppen, die die Basis legen für eine bolschewistische Partei in Deutschland, Ost und West.

20. Unsere allgemeinste Aufgabe in der Zeit vor der offenen revolutionären Erhebung ist die revolutionäre Propaganda und Agitation. Diese Tätigkeit und ihre Organisation wird oft noch zum großen Teil nach der alten formalen Manier betrieben, durch zufälliges Auftreten von außerhalb, auf Massenversammlungen und ohne besondere Sorge um den konkreten revolutionären Inhalt in den Reden und Schriften.

Die kommunistische Propaganda und Agitation muß sich vor allem in der intimsten Mitte der Proletarier einwurzeln. Aus dem konkreten Leben der Arbeiter, aus ihren gemeinsamen Interessen und Bestrebungen und besonders aus ihren gemeinsamen Kämpfen muß sie emporwachsen.

Der revolutionäre Inhalt ist das wichtigste in der Propaganda der Kommunisten. Nach diesem Gesichtspunkt bedürfen die Losungen und Stellungnahmen zu

den konkreten Fragen in den verschiedenen Situationen immer einer aufmerksamen Erwägung. Zum Zweck der richtigen Stellungnahme müssen nicht nur die beruflichen Propagandisten und Agitatoren, sondern auch alle anderen Parteimitglieder fortgesetzt und ausführlich instruiert werden.

21. Die Hauptformen der kommunistischen Propaganda und Agitation sind: mündliche, persönliche Überredung, Teilnahme an den Kämpfen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, Wirkung durch Parteipresse und Parteiliteratur. An all dieser Tätigkeit soll jedes Mitglied sowohl einer illegalen wie auch legalen Partei auf die eine oder andere Weise regelmäßig teilnehmen.

Die mündliche, persönliche Propaganda muß in erster Linie als eine systematisch organisierte Hausagitation durch die dafür eingerichteten Arbeitsgruppen betrieben werden. Kein Haus in dem Einflußbereich der örtlichen Parteiorganisation darf außerhalb dieser Agitation bleiben. In größeren Städten kann auch eine besonders organisierte Straßenagitation, von Plakaten und Flugzetteln unterstützt, guten Erfolg bringen. Außerdem muß auf den Arbeitsplätzen durch die Zellen oder Fraktionen eine regelmäßige persönliche Agitation, verbunden mit Schriftenvertrieb, organisiert werden.

In Ländern, deren Bevölkerung nationale Minderheiten enthält, ist es Pflicht der Partei, der Agitation und Propaganda in den proletarischen Schichten dieser Minderheiten die nötige Aufmerksamkeit zu widmen. Diese Agitation und Propaganda ist selbstverständlich in der Sprache der betreffenden nationalen Minderheiten zu führen; zu diesem Zwecke müssen geeignete Parteiorgane geschaffen werden.

Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit  
Resolution des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, angenommen am 12. Juli 1921

# Gründet Spartakist-Gruppen!

Die Werktätigen der DDR haben das alte stalinistische Regime in seinen Grundfesten erschüttert. Aber von Washington bis Bonn wollen Imperialisten die DDR in die Bundesrepublik hineinpeitschen. Die DDR steht am Scheideweg: entweder wird sie zu einer kapitalistischen Wiedervereinigung im Rahmen eines „großdeutschen“ Vierten Reiches gezwungen, oder es gibt eine proletarische politische Revolution im Osten und eine soziale Revolution im Westen, um ein rotes Räte-Deutschland als Teil eines sozialistischen Europas zu erkämpfen.

Für den Sieg ist eines unerlässlich: eine neue kommunistische Partei, aufgebaut auf der Basis leninistischer Normen. Um die

Grundsteine für diese Partei zu legen, hat die TLD am 3. Dezember zur Gründung von Spartakist-Gruppen im ganzen Land aufgerufen. Die politischen Kriterien sind klar: Nieder mit dem Stalinismus und verteidigt die vergesellschafteten Eigentumsformen.

Deshalb hat sich die TLD in Zusammenhang mit der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) auch entschieden, eine täglich erscheinende *Spartakist Arbeiterpressekorrespondenz* während der Zeit herauszubringen, in der sich diese wichtigen Ereignisse entfalten. Dies ist für Kommunisten die tägliche Waffe im Kampf, eine revolutionäre Führung zu schmieden. In der sich entfaltenden politischen Revolu-

tion muß sie die lebendige Verbindung schaffen zwischen den Spartakist-Gruppen und der politischen Anleitung und Führung. Der *Spartakist*, bisher zweimonatlich, wird ebenfalls viel häufiger erscheinen. Denn eine kommunistische Zeitung muß „kollektiver Organisator“ sein. Jetzt geht es nicht nur um marxistische Analyse und Propaganda, sondern um folgendes: unser Ziel ist es, über unsere Propaganda die Spartakist-Gruppen aufzubauen, um die Entwicklungen zu bestimmen. Jetzt mehr denn je: es reicht nicht, die Welt zu verstehen, sondern es kommt jetzt darauf an, sie zu verändern.

Die Resonanz auf unsere revolutionäre Politik ist groß und wächst weiter an. Schon holen sich Tausende von Menschen die *Spartakist-Aprekorr*. Über 20 000 Exemplare werden täglich verbreitet. Doch um die kapitalistische Hetzkampagne wirksam zu bekämpfen, brauchen wir eine Million Exemplare auf der Straße. In den vielen Zuschriften, die wir täglich erhalten, wollen fast alle über unsere Politik mehr wissen. Viele unserer Leser bitten um die Zusendung von Flugblättern, um sie weiterzuverteilen. Sie möchten diesen Literaturvertrieb und die politische Diskussion organisieren. Sie fragen nach der Ausweitung unserer Organisation auf die DDR, und was sie dafür tun können.

Wie Leo Trotzki schrieb: Die Krise der Menschheit ist die Krise der Führung. In der Tat sind die Alternativen heute schroff gestellt: entweder kapitalistische Restauration in der DDR und ein Viertes Reich, oder eine proletarische Räteregierung in ganz Deutschland. Wir sagen all denjenigen, die für eine kommunistische Zukunft kämpfen wollen - eine Zukunft ohne Mangel, imperialistischen Krieg und rassistischen Terror - und die im Stalinismus die Pervertierung dieses Ziels sehen: arbeitet mit uns zusammen. Verbreitet die *Spartakist Arbeiterpressekorrespondenz*! Gründet Spartakist-Gruppen, baut sie auf!

Für unsere Leser in der DDR:  
Abonniere jetzt!  
Du kannst später zahlen!

Die gegenwärtigen Devisenprobleme bedeuten, daß Überweisungen nicht möglich sind. Deshalb schlagen wir vor: Abos werden jetzt per Post verschickt; bei nächster Gelegenheit (Besuch, Reise) sammeln wir den Betrag ein.

Redaktionsschluß für diese Ausgabe ist der 14. Dezember 1989.

## SPARTAKIST

herausgegeben von der TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS, Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Werner Brasch, Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin), Barbara Köhler, Renate Müller, Jan Norden, Mark Richard, Carola Rosen, Max Schütz (Vorsitzender), Fred Zierenberg

PRODUKTION: Herbert Bäck

VERTRIEB: Stephan Fröhlich

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:

C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,

Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

Postgirokonto Ffm 119 88-601

Tel.: Redaktion: (0 40) 33 17 94

Vertrieb: (0 40) 32 36 44

Fax: (0 40) 33 01 54

Abonnement (8 Ausgaben): DM 10,- / 10 Mark

Ausland Seepost DM 15,- Luftpost DM 30,-

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.

ISSN 0173 - 7430

Formular zur Bestellung von Spartakist-Gruppen mit Auswahlmöglichkeiten für die Anzahl der Exemplare und die Art der Bestellung (zum Verteilen, zum Verkaufen, für die Gruppe, für die Mitgliedschaft).

Advertisement for Spartakist magazine featuring a cover image and the headline 'Kein Ausverkauf der DDR! Arbeiter- und Soldatenräte, jetzt!'.

# Quo vadis SED?

Den folgenden Beitrag erhielt Spartakist Arbeiterpressekorrespondenz von einem Berliner Arbeiter. Wir drucken ihn aus Arprekorr Nr. 3 (11. Dezember) ab.

Interessant ist sie schon, die DDR-Presse vom 9. und 10. Dezember 1989. Auf den Seiten 3 und 4 der *Berliner Zeitung* findet man beispielsweise die Rede des vom RIAS als „Reformkommunisten“ bezeichneten Gregor Gysi. Diese ist in vielerlei Hinsicht sehr bemerkenswert.

Zunächst, die SED will vollständig mit dem stalinistischen System brechen. Das ist bestimmt richtig. Überhaupt findet man in der DDR jetzt sehr viele Antistalinsten.

Geben wir nun Herrn Gysi das Wort. Die westeuropäischen Gesellschaften, insbesondere die der BRD, seien kein rein kapitalistisches System im Sinne eines Schulbeispiels, lesen wir da mit Erstaunen. Was denn aber sonst? Das Gefasel von „sozialer Marktwirtschaft“ im Westen konnte man bisher nur von den bürgerlichen Parteien und deren Nachbetern in der Bundesrepublik hören. Jetzt aber erleben wir eine eigenartige Wandlung des „Marxisten“ Gysi. Man sollte Herrn Gysi, der noch nicht einmal die Grundzüge des Marxismus/Leninismus beherrscht, dringend empfehlen, sich tiefgründig mit Lenins Imperialismustheorie zu beschäftigen!

Und weiter: Herr Gysi lobt die Gewaltenteilung in der bürgerlichen Demokratie, von der man insbesondere lernen könne. Was für ein hanebüchener Unsinn! Natürlich sind wir Marxisten keine Moralisten. Selbstverständlich schätzen wir die historische Leistung der Bourgeoisie hoch ein, bei der Überwindung des Feudalabsolutismus, aber eben nur unter diesem Blickwinkel. Wieder müssen wir Lenin das Wort erteilen: „Die bürgerliche Demokratie, die im Vergleich zum Mittelalter ein gewaltiger historischer Fortschritt ist, bleibt stets – und im Kapitalismus kann es gar nicht anders sein – eng, beschränkt, falsch und verlogen, ein Paradies für die Reichen, eine Falle und Betrug für die Ausgebeuteten, die Armen.“

Aber die Schrift „Die Proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ hat unser „Marxist“ Gysi offensichtlich auch noch nicht gelesen; ebensowenig scheint er in Geschichte bewandert zu sein. Seine so hochgelobte Gewaltenteilung in der bürgerlichen Demokratie hat nämlich den Zerfall der Wei-

doch zunächst klar sein, womit gebrochen werden soll. Stalinismus ist ein Programm gegen den Marxismus/Leninismus! Er zeichnet sich durch eine schmarotzende Führungskaste nicht nur in der Partei, nein auch im Staat, in der Wirtschaft, in den Planungsorganen, kurz in allen Bereichen der Gesell-

Der konsequente Bruch mit dem Stalinismus besteht deshalb in einer Neuformierung der SED im Geiste des demokratischen Zentralismus. Mit Äußerlichkeiten durch Abschaffung von Politbüro und ZK ist hier gar nichts gewonnen. Zu Lenins Lebzeiten gab es ein Politbüro und ein ZK. Die Bolsche-



Theo Heimann

**SED-Basis, 2. Dezember (links). Berliner Arbeiter forderten „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten“, Dezember 1918 (rechts). Deutsches Proletariat braucht weder „erneuerte“ SED noch SPD II., sondern eine neue KPD, die für den Kommunismus von Lenin, Luxemburg und Liebknecht kämpft!**



Ullstein

marer Republik und Hitlers Machtantritt (der bekanntlich bürgerlich-demokratisch erfolgte!) nicht verhindern können. Die logische Konsequenz von Herrn Gysi müßte sein, sich mit dem Liberaldemokraten Gerlach zu verbündem, der doch da des öfteren nach „Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!“ schreit. Diese Losung der französischen bürgerlichen Revolution (1789–1794) im Munde unseres amtierenden Staatsratsvorsitzenden besagt doch weiter nichts als: Jeder kann Bourgeois werden. Das eben wollen die „Marxisten“ vom Schlage Gysi.

Wenn schon der vollständige Bruch mit dem stalinistischen System auf den Fahnen der „erneuerten“ SED stehen soll, dann müßte

schaft aus. Folgerichtig ist dann auch die Zerschlagung des Sowjetsystems (der Räte). Diese gibt es in der Sowjetunion faktisch seit 1927 nicht mehr. In Deutschland wurde die Räterepublik bekanntlich von den Sozialdemokraten Ebert, Scheidemann und Noske („Einer muß der Bluthund sein!“) erwürgt! Ein Räteystem hat es in der DDR nie gegeben. Womit will man also brechen? Die administrativen Kommandomethoden sind doch nur die logische Folge der Zerstörung bzw. des nicht vorhandenen Räteystems! Folgerichtig ist dann auch, daß der demokratische Zentralismus, wie Lenin ihn verstand, einem bürokratischen Zentralismus Platz machen mußte.

wiki waren zu dieser Zeit nicht entartet, waren deshalb revolutionär, weil sie demokratisch-zentralistisch organisiert waren und ein revolutionäres Parteiprogramm hatten! Was propagiert Herr Gysi statt dessen? Etwas Lassalle, etwas Kautsky, etwas Sozialdemokratie aus der Verfallsepoche und das alles garniert mit „Basisdemokratie“ nach grünem Muster, und natürlich weder „Klassenpartei noch Massenpartei“. Was soll aus diesem Unsinn werden?

Allen ehrlichen Kommunisten bleibt nur eines übrig: Die Gründung einer Partei im Geiste Lenins, Liebknechts und Luxemburgs.

G. Melt

## VORSICHT-NATO-DROHUNG!

14. DEZEMBER – NATO-Chef Wörner erklärte, daß das antisowjetische Militärbündnis stark bleiben muß, um in Ländern zu intervenieren, die „Unordnung“ erleben. Genau wie die Pressekampagne in den USA und Britannien, die DDR stünde am Rand der Anarchie. Nicht die „Unordnung“ stört die Imperialisten, sondern die Möglichkeit einer neuen proletarischen Ordnung, einer *proletarischen politischen Revolution*, die die kollektivierten Eigentumsformen verteidigt, die die Imperialisten umstürzen wollen. Diese Ordnung würde erneut Arbeiter- und Soldatenräte wie 1918 errichten. Bietet sich die NATO als die heutigen Freikorps an? So könnte Washington „freie Wahlen“ in Osteuropa garantieren, so wie sie es in Zentralamerika tun: mit CIA-gedrillten Todeschwadronen.

Der sowjetische Außenminister Schewardnadse eilt nach Brüssel; die NATO-Kriegstreiber täten gut daran, sich an die 375 000 Rotarmisten zu erinnern, die in Ostdeutschland stationiert sind. Gorbatschows „Dé-tente“-Konzessionen haben den Appetit der Imperialisten nur angeregt. Aber er hat auch klar gemacht, daß die Sowjetunion gegen die Schmiedung eines Vierten Reichs, das die DDR einverleibt, Widerstand leisten würde. Wenn die NATO gegen andere Ostblockstaaten (z. B. die CSSR) vorgehe, stünden ihr die Rote Armee im Norden und im Westen im Wege. Für seine eigenen Zwecke hat Willy Brandt heute in der *Süddeutschen Zeitung* darauf hingewiesen, daß die sowjetischen Kommandeure am 9. Oktober in Leipzig intervenierten, um ein Blutbad zu verhindern. Sowjetische Soldaten stellen die erste Verteidigungslinie gegen den imperialistischen Wahn dar, den Kommunismus in ganz Mitteleuropa „zurückzuwerfen“. Nieder mit der NATO! Für die bedingungslose militärische Verteidigung von DDR und UdSSR!

## Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

Gegen acht Freunde und Unterstützer der Troztkistischen Liga wird nach einem bewaffneten Überfall durch die Republikaner ermittelt. Die Republikaner griffen am 14. Januar Gäste eines Restaurants im Westberliner Stadtteil Moabit an, in dem früher am Abend die TLD ein antifaschistisches Video gezeigt hatte. Jetzt werden acht der Opfer der Republikaner-Provokation mit Anklagen wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Nötigung bis Beleidigung bedroht. Ein breites Spektrum von Gewerkschaftsfunktionären, antifaschistischen Organisationen, deutschen und eingewanderten Linken und politischen Parteien hat bisher die Forderung unterstützt: Sofortige Einstellung aller Ermittlungen und Verfahren gegen Antifaschisten, die aufgrund der Provokation am 14. Januar eingeleitet wurden. Darunter befinden sich Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitzkomitees; die Gesellschaft für Menschenrechte, Ankara; Serge Klarsfeld; Lutte Ouvrière; in Westberlin: PanAm-Betriebsräte; die AL; die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN); Gewerkschafter gegen Rassismus und Faschismus. Seit Mitte September (siehe *Spartakist* Nr. 63, September/Oktober 1989) kamen hinzu:

**Didier-Daniel Aroi**, Lehrer und Gewerkschafter, Frankreich; **Giovanni Bertolini**, Sekretär der Centro Culturale Concerto Marchesi\*, Italien; **Gianni Bombaci**, CGIL-Gewerkschaftssekretär\*, Milano; **Luigi Cipriani**, Abgeordneter der Democrazia Proletaria\*, Italien; **Annette Cremmeu**, SNESUP\*, Frankreich; **Franco Grisolia**, Nationaler Vorstand Democrazia Proletaria\*, Nationalkomitee der CGIL\*, Italien; **Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt**, Österreich; **Helge Harms**, DAG-Gewerkschaftssekretär\*, Hamburg; **Ernest Mandel**, Belgien; **Prof. Dr. Norman Paech**, Hamburg; **Augusto Rocchi**, Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft Fiom\*, Milano; **Gunther Steffens**, DAG\*, Hamburg; **Mauro Tassetto**, Anarchico\*, Italien

**UNTERSTÜTZER AUS DER DDR:** **Stephan Hermlin**, Berlin; **Heiner Müller**, Berlin; **Käthe Reichel**, Schauspielerin am Deutschen Theater, Berlin; **Benito Wogatzki**, Vorstandsmitglied des Schriftstellerverbandes der DDR\*, Berlin

**WESTBERLINER UNTERSTÜTZER: ANTI-REPRESSIONS-GRUPPE des Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus; Heinz Schröder**, 1. Vorsitzender der VVN\*; **Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken**, Kreisverband Tempelhof; **Holger Wendt**, SSB\*, Falken\*; **Jusos\***, AG-Antifa des AstA\*; **und viele andere mehr**

\*Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation

**Spendet auf das Konto:** Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, BLZ 200 400 00, Konto 13 48267

**Kontakt und Unterschriftenlisten über:** Hamburg (0 40) 33 17 94, Westberlin (0 30) 8 82 39 64 Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 11 22 86, 2000 Hamburg 11

### Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen

Vertrieb Berlin



Boxhagener Straße 25  
BERLIN  
1034

Ihr Zeichen      Ihre Nachricht vom      Unser Zeichen      Datum  
V/Mai      29.11.89

Lieber Kamerad Brand,

mit großem Interesse haben wir Ihre uns zugesandten Materialien gelesen und glauben, daß uns, wenn auch nicht unbedingt alles, so doch die Sorge um das Anwachsen der Aggression aus Nazi- und Neonazikreisen verbindet.

Wir sind zutiefst beunruhigt über faschistische, rassistische und antisemitische Ausfälle, Ausländerhaß und Intoleranz, die sich zunehmend nicht nur in Berlin (West) ausbreiten.

Wir bedanken uns recht herzlich für die uns zugesandten Presseerzeugnisse und verbleiben im guten Wissen, daß es auch jenseits der Grenze Verbündete mit wachem Verstand gibt.

Mit herzlichen Grüßen und Dank für Ihre Aktion -

Katarina Maiwald  
Urbula Staggfryn

Vertrieb der NMG Sachsenhausen - Berlin -

Telefon: 5 89 41 33      Bankkonto: Berliner Stadtkontor 6651-38-236      Postcheckkonto: Berlin 373

**Unterstützungsbrief an das Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit**

# Für ein rotes Deutschland in einem sozialistischen Europa!

Fortsetzung von Seite 8

„wiedergetauften Stalinisten. Gleichzeitig ruft der französische Industrieminister französische Geschäftsleute dazu auf, nach Osteuropa „zu eilen“. Aber westdeutsche Kapitalisten sind bei „Joint ventures“ schon weit voraus, und die D-Mark wird in Osteuropa zur gängigen Währung. Und jetzt wollen sie Ostdeutschland als ihre Operationsbasis im Osten. Volkswagen will eine Fabrik bauen, um mit billiger ostdeutscher Arbeitskraft Polos zu produzieren. Siemens macht eine Offerte, Schaltstellen für das alters-

Wissenschaftlern, Kirchenvertretern, SED-„Reformern“ und Wirtschaftsleitern unterschrieben und von den verschiedenen Oppositionsgruppen unterstützt wurde. Der Appell warnte vor der Gefahr eines „Ausverkaufs unserer materiellen und moralischen Werte“, der über kurz oder lang dazu führen würde, daß die DDR durch Westdeutschland „vereinnahmt“ wird. Er verurteilte die Parteiführung und „vom Stalinismus geprägte Strukturen“ und bekannte sich zu „antifaschistischen und humanistischen Idealen“. Weiter wird erklärt: „Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft

nug Waren im Laden sind, können die Käufer kommen, wann sie wollen. Wenn die Waren knapp sind, müssen die Käufer Schlange stehen. Wird die Schlange sehr lang, muß ein Polizist für Ordnung sorgen. Das ist der Ausgangspunkt für die Macht der Sowjetbürokratie. Sie „weiß“, wem sie zu geben und wer zu warten hat.“

Dieser Druck wird immer stärker angesichts mächtiger imperialistischer Staaten mit einem höheren Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Die einzig reale Verteidigung der in der DDR verkörperten Errungenschaften ist deren Ausweitung durch sozialistische Revolution im Westen.

## Gefahr des Ausverkaufs der DDR

Jahrelang galt die DDR als das „Wirtschaftswunder“ des Sowjetblocks. Einkommen und Verbrauch in der DDR sind nicht nur die höchsten in Osteuropa, sie sind auch bedeutend höher als in Britannien und Italien. Wohnraum ist billig (Mieten von 60 Mark pro Monat sind typisch), und Engpässe bei Lebensmitteln sind selten. Auf die medizinische und soziale Versorgung war man immer stolz, und es gibt mehr Studierende an Hochschulen als irgendwo sonst auf dem europäischen Kontinent, die Niederlande ausgenommen. Mitte der 60er Jahre bis Mitte der 80er Jahre übertraf das Wirtschaftswachstum der DDR das im Westen. Doch die ökonomische Sicherheit Ostdeutschlands wird weitgehend beeinträchtigt von einem Hauptfaktor: Es grenzt an die Bundesrepublik, die imperialistische Macht mit dem höchsten Lebensstandard der Welt. Man spricht dieselbe Sprache, und praktisch die ganze Bevölkerung der DDR kann Westfernsehen empfangen: die Verlockung eines Eldorados auf der anderen Seite der Grenze ist allgegenwärtig.

In den 50er Jahren verließen über 3 Millionen Menschen die DDR Richtung Westen (von einer Gesamtbevölkerung von 17 Millionen). Dieser gewaltige Aderlaß bedrohte das Überleben der ostdeutschen Wirtschaft und führte 1961 zum Bau der Berliner Mauer. 28 Jahre lang hat diese bürokratische Verteidigungsmaßnahme das Land stabilisiert. Doch in diesem Sommer stürzte der Exodus Zehntausender junger Menschen, die meisten von ihnen mit guter Schul- und Berufsausbildung, das stalinistische Regime in eine Krise. Es war ein riesiger Verlust an Wissen: ein westlicher Experte schätzte, daß die Abwanderung von 500 000 jungen Arbeitern die DDR zum Zusammenbruch führen würde – bis jetzt sind dieses Jahr etwa 270 000 weggegangen. Zum Teil wurde die Massenflucht von den westdeutschen Medien angestachelt und vom westdeutschen Staat ermöglicht, aber diese „Aussteiger“ hatten ihre eigenen Gründe. Mit der Ausnahme von ein paar Berufen (besonders geldgierigen Ärzten), sind die meisten nicht aus wirtschaftlichen Gründen gegangen. Es war vielmehr aus Frustration über bürokratische

Willkür, Langeweile, „Platzangst“ und die Furcht, das Tor werde zuknallen.

Und als die Mauer erst einmal geöffnet war, hörte die Abwanderung mit einem Mal auf. Millionen gingen am Wochenende nach Westberlin und Westdeutschland und gingen am Montagmorgen in der DDR wieder zur Arbeit. Doch dann tauchten neue wirtschaftliche Gefahren auf. Plötzlich entdeckten westliche Zeitungen, die jahrelang die Mauer als die Verkörperung von „kommunistischem Totalitarismus“ verteufelt hatten, „die ökonomische Grundlage der ‚Mauer‘“ (*Städtische Zeitung*, 15. November). Zum einen flossen innerhalb einer Woche über 3 Milliarden Ostmark aus der DDR ab, als die Menschen ihre Sparkonten abräumten, um sich Sony-Kassettenrecorder zu kaufen. Geldspekulantinnen traten in Aktion und drückten den Schwarzmarktkurs der DDR-Mark gegenüber der D-Mark auf 16:1 runter (der offizielle Kurs ist 1:1). Viele Ostdeutsche nahmen daraufhin die DM 100 „Begrüßungsgeld“ pro Person und tauschten das meiste zurück in DDR-Währung (für einen Vier-Personen-Haushalt macht dies 6400 Mark, das *Vierfache* eines guten Monatslohns). Selbst Westdeutschlands ehemaliger Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff der Steuerhinterzieher ließ Warnungen vor einem „Ausverkauf“ der DDR los und sagte, Ostberlin müßte strenge Zollkontrollen einführen.

Zum anderen gibt es den Schmuggel von Gütern, die in der DDR zu stark subventionierten Preisen gekauft werden (mit Schwarzmarkt-Ostmark) und gegen harte Währung im Westen wieder verkauft werden. In Westberlin gibt es einen „Polen-Markt“ unter freiem Himmel, wo Schmuggler Fleisch, Schokolade, Obst, Kinderkleidung, Schuhe und Uhren aus Ostdeutschland in guter Qualität anbieten. Alliierte Soldaten mischen auch dick mit bei dieser Gaunerei, denn nach dem Viermächteabkommen, das in Berlin in Kraft ist, dürfen sie an der Grenze nicht durchsucht werden. Alles in allem hat dies zig Milliarden Mark aus Ostdeutschlands Wirtschaft in diesem Jahr abgezogen und häufig die Kaufhausregale leergefegt. Und jetzt gibt es Befürchtungen, daß Tausende täglich nach Westberlin zur Arbeit gehen und im Osten wohnen werden. Es gibt die Gefahr, daß sich eine Zwei-Klassen-Gesellschaft entwickelt: die einen haben Zugang zu D-Mark und die anderen nicht. Dies würde auf Ostdeutschland zutiefst demoralisierend wirken.

Was kann getan werden gegen diesen Angriff von außen, der die DDR-Wirtschaft ausbluten läßt? Zu den größten Belastungen gehören die Subventionen (56 Milliarden Ostmark im Jahr) – von Fleisch bis zu Schnittblumen für die Schreibtische von Bürokraten – und eine zusammengestoppelte Preispolitik bei Konsumgütern. So kann man im selben Schaufenster einen aufwendigen Kinderwagen für 200 Mark sehen (subventioniert, um Kinderkriegen zu fördern) und einen schicken Trainingsanzug für 300 Mark (obwohl seine Herstellung nur einen Bruchteil dessen kostet). Besonders für Elektronik-Erzeugnisse werden astronomische Preise festgesetzt, um überschüssiges Geld aufzusaugen. Manche Subventionen stellen vernünftige arbeiterfreundliche Entscheidungen dar (wie bei Wohnungen), andere sind bei einer durchlässigen Grenze zum Westen vielleicht kaum aufrechtzuerhalten (z. B. bei Fleisch und Kleidung). Doch die allgemeine Wirkung ist so willkürlich, daß sie den Eindruck erweckt, es gebe nicht die geringste Beziehung zwischen dem Preis einer Ware und dem Wert, den sie verkörpert.

Eine rationale Entscheidung über Subventionen und Preise ist dringend nötig, bei der nicht eine willkürliche Bürokratie, sondern die Werktätigen das Sagen haben, und zwar durch Arbeiterräte (Sowjets), die von unten gewählt werden und auch die höchsten Regierungsebenen umfassen. Es wäre möglich, das reale Produktionsniveau bei Gütern zu bestimmen und dann zu entscheiden, welche besonders gefördert werden sollten. Solche Räte würden die Arbeiter in die Staatsverwaltung einbeziehen und es ermöglichen, die Wirtschaft wirksam zu kontrollieren und Verzerrungen rechtzeitig aufzudecken – so wie



Panorama/DDR

**Computerfabrik in der DDR. Für zentrale Planung auf der Basis von Arbeiterdemokratie – Arbeiterräte müssen die zentralen wirtschaftlichen Entscheidungen treffen**

schwache DDR-Telefonnetz zu liefern. Die Dresdner Bank, die wie ihre Konkurrenz Millionen an Anleihen und Krediten anbietet, träumt von einer Rückkehr nach Dresden. Die Londoner *Financial Times* (23. November) erklärt die Großzügigkeit der westdeutschen Bankiers: „Eines Tages, so glauben sie, werden sie die ostdeutsche Wirtschaft genauso leiten wie die der Bundesrepublik.“

„Die DDR würde im Falle der von mir gewünschten Wiedervereinigung eben kein Staat mehr sein“, so der ehemalige Deutsche-Bank-Chef Alfred Herrhausen im *Spiegel* (20. November). Thüringen und Sachsen wären einfach Länder in einem neuen Großdeutschland. Herrhausen war auch Aufsichtsratsvorsitzender von Daimler-Benz und fädelt die Übernahme der Waffenschmiede MBB ein. Nach dem Attentat auf Herrhausen am 1. Dezember, laut Berichten durch ein Kommando der Roten Armee Fraktion, sagte Kohl, er sei „ein guter Kamerad“ und „ein deutscher Patriot“ gewesen. Zwar war dieses Attentat ein Akt des individuellen Terrors, eine fehlgeleitete und verzweifelte Antwort von Leuten ohne jede Hoffnung auf revolutionäre Aktion der Massen, doch sicher symbolisierte Herrhausen die Ambitionen für ein Viertes Reich und brachte sie am krasssten zum Ausdruck.

Die revanchistische Rechte in der BRD trommelt laut für die sofortige kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Gleichzeitig wollen die Sozialdemokraten – die eher nüchterne imperialistische Kräfte widerspiegeln – mit einer „Konföderation“ zwischen BRD und DDR anfangen. Kohl übernahm diesen Vorschlag in seiner „Zehn-Punkte“-Rede im Bundestag, der die SPD zustimmte. Die Antwort des ehemaligen DDR-Staatschefs Krenz darauf, nachdem er die Mauer geöffnet hatte, war das Angebot, daß eine Konföderation möglich sei, solange man von der Existenz zweier unabhängiger, souveräner deutscher Staaten ausgehe. Solche Pläne wahren angeblich die Unabhängigkeit des ostdeutschen Arbeiterstaats, ordnen ihn aber in Wirklichkeit dem Imperialismus unter. Zunehmende wirtschaftliche Durchdringung würde prokapitalistische Kräfte stärken und (eher früher als später) zu blutiger Konterrevolution führen.

Nach der Öffnung der Mauer ist die Sorge gewachsen, daß der kapitalistische Westen die bloße Existenz der DDR wirtschaftlich bedroht. Am 28. November verlas Stefan Heym eine Erklärung „Für unser Land“, die von bekannten Schriftstellern, Künstlern,

zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln.“ Am nächsten Tag unterschrieben Ministerpräsident Hans Modrow und danach SED-Chef Egon Krenz die Erklärung.

Es ist klar, wenn man in der DDR von „Sozialismus“, „Demokratie“ und Antistalinismus spricht, dann meinen verschiedene Leute etwas völlig Verschiedenes. Für solche im Umkreis der SPD ist es ein sozialdemokratischer Deckmantel für Konterrevolution. Aber auch im besten Fall, nämlich bei denen, die wirklich nicht aufgeben wollen, was in der DDR erreicht worden ist, und die eine „sozialistische Alternative“ zur kapitalistischen Bundesrepublik wollen, geht die Sichtweise nicht über das nationalistische Konzept vom „Sozialismus in einem Land“ hinaus. Solange man diesen engen Rahmen akzeptiert, wird es nicht möglich sein, dem wirklichen Sozialismus, einer klassenlosen, auf Überfluß basierenden Gesellschaft den Weg freizukämpfen. Denn der Ursprung der privilegierten Bürokratie liegt im Versuch, den Mangel zu verwalten. Wie Leo Trotzki in der *Verratenen Revolution* (1936) schrieb:

„Grundlage des bürokratischen Kommandos ist die Armut der Gesellschaft an Konsumgütern mit dem daraus entstehenden Kampf aller gegen alle. Wenn ge-



Der Spiegel

**Stalinistische Mißwirtschaft wirft Schatten über die DDR. Nachdem die UdSSR die Ölpreise erhöhte, wurden Betriebe angewiesen, auf Braunkohle niedriger Qualität umzusteigen**

# Spendet für den Lenin-Luxemburg-Liebkecht-Fonds!

„Die Ausrottung des Kapitalismus, die Durchführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist nur international möglich – aber sie setzt sich naturgemäß nicht gleichzeitig in allen Ländern durch. In Rußland hat das Werk begonnen, in Deutschland muß es fortgesetzt ... werden.“

So Karl Liebknecht im November 1918. Aber die Bewegung hin zum Sozialismus in Deutschland wurde durch die Sozialdemokratie zerschlagen und später durch die Stalinisten sabotiert und pervertiert. Dies führte zu Hitlers blutigem Sieg, das Vorspiel wiederum zum Zweiten Weltkrieg und zum imperialistischen Kalten Krieg. Heute sehen wir uns einer historischen Möglichkeit gegenüber, das Banner des wirklichen Kommunismus im Kernland Europas zu erheben. Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) hat sich verpflichtet, die Arbeit von Lenin, Liebknecht und Luxemburg fortzusetzen, und sie führt gegenwärtig eine intensive Kampagne durch, eine leninistisch-trotzkistische Partei in ganz Deutschland aufzubauen.

1953 waren die ostdeutschen Arbeiter die ersten, die sich gegen stalinistische bürokratische Herrschaft erhoben haben. Dabei riefen sie ihre Klassenbrüder und -schwestern im Westen dazu auf, sich ihnen anzuschließen. Heute ist der Stalinismus schwer angeschlagen, aber der Kommunismus lebt: von den sowjetischen Bergarbeitern über die ostdeutschen Arbeiter bis zu den salvadorianischen Aufständischen. Für proletarische politische Revolution in Ostdeutschland und sozialistische Revolution in Westdeutschland! Für revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Die Internationale Kommunistische Liga hat unser Flugblatt „Arbeiterräte an die Macht!“ bereits in einer Auflage von mehr als 200 000 gedruckt. Die Trotzkistische Liga Deutschlands, deutsche Sektion der IKL, hat die Broschüre „Marktsozialismus“ in Osteuropa“ nachgedruckt. Deine Spende wird dringend gebraucht, um diese lebensnotwendige Arbeit durchzuführen. Spendet an:

F. Zierenberg, Konto 2 119 766 00  
BLZ 500 800 00  
Dresdner Bank, Frankfurt/Main



das Haushaltsdefizit, das 130 Milliarden Mark betragen soll –, statt der ewigen Vertuschungen, die für den Regierungsapparat von oben bis unten so typisch sind. Dies würde auch eine gründliche Untersuchung der zwielichtigen Geschäfte des Außenhandels, „experten“ Schalck-Golodkowski möglich machen, der Milliarden von D-Mark auf Schweizer Bankkonten beiseite geschafft haben soll und zeitweilig auf der Flucht war. Das gilt auch für die anderen bürokratischen Bonzen, die sich auf Kosten der Werktätigen bereichert haben. Kurz und gut, nötig ist eine politische Revolution, die die Bürokratie rausschmeißt und Arbeiterräte macht errichtet.

Das ostdeutsche Regime hat die Wut über das Ableiten knapper Güter statt dessen in

November könnten Devisenkontrollen eingeführt werden, die einigermaßen wirksam wären. Aber für den Außenhandel und für Reisen wird eine stabile Währung nötig sein, hinter der wirkliche Werte stehen. Die frühe sowjetische Regierung machte ihre Erfahrungen damit, als sie Anfang 1923 den zum Teil durch Goldreserven gedeckten Tschervonez einführt. Dieser sollte schließlich den Papierrubel ersetzen, der durch Hyperinflation auf ein Millionstel seines Wertes von 1921 entwertet war.

Der Tschervonez war Teil der Neuen Ökonomischen Politik (NEP), die nach den Verwüstungen des Bürgerkriegs die Wirtschaft wieder auf die Beine bringen sollte. Um das zu erreichen, war es vor allem notwendig, mit der Bauernschaft Austauschverhältnisse zu

wert reduziert werden, denn die DDR hat wenig Bodenschätze, kein Erdöl, keine Steinkohle, kein Eisenerz und keine Baumwolle, obwohl sie bedeutende Mengen an Chemikalien, Stahl, Maschinen und Textilien produziert. Wie Preobraschenski in seinem Buch *Die neue Ökonomik* (1926) bemerkte:

„Die staatliche Produktion von Konsumgütern ist weiterhin dem Einfluß des Wertgesetzes dadurch unterworfen, daß der Staat seine Rohstoffe entweder von der privaten Produktion innerhalb des Landes oder durch Import von großen Mengen aus dem Ausland erhält.“

Außerdem liegt mitten im Herzen der DDR der imperialistische Vorposten Westberlin. Sobald die Mauer offen war, war eine „Auslands“reise eine U-Bahnfahrt geworden – Millionen machten das täglich, wenigstens bis ihnen das „Begrüßungsgeld“ ausging. So braucht die DDR als einziger unter den deformierten Arbeiterstaaten eine Währung, die durch einen wirklichen Wert gedeckt ist. Sie besitzt vielleicht keine großen Reserven am universellen Äquivalent Gold – wie die Sowjetunion –, aber sie hat bedeutende Reserven an harter Währung. Schon jetzt benutzt die DDR, als eine rein rechnerische Größe, eine „Valuta-Mark“. Statt zuzulassen, daß die D-Mark faktisch zur DDR-Währung wird, könnte die „Valuta-Mark“ legal durch die Reserven der DDR abgesichert sein und innerhalb und außerhalb des Landes verfügbar gemacht werden. Sie könnte als Puffer zwischen dem Weltmarkt und der DDR-Wirtschaft dienen, da die Regierung den Wechselkurs zwischen dieser Währung und dem internen Tauschmittel, der Ostmark, kontrollieren könnte.

Und warum sollten dann nicht auch ein paar seriöse Münzen geprägt und beeindruckende Geldscheine gedruckt werden statt der federleichten Aluminiumstücke und der Papierscheine, die wie Spielzeuggeld aussehen und sich auch so anfassen? Drückt Karl Marx' Bild auf den 1000-Mark-Valuta-Schein, und laßt die Züricher Bankiers damit handeln!

## Die DDR-Wirtschaft: Computer und Braunkohle

Aber eine stabile, international akzeptierte Währung ist nur eine begrenzte Maßnahme zur Verteidigung der vergesellschafteten Wirtschaft Ostdeutschlands. Währungsreform, Kontrolle über den Wechselkurs, Rationalisierungszuschüsse: die Basis für all

diese technischen Lösungen im Wirtschaftsbereich ist die politische Loyalität der Bürger zur Regierung. Und das erfordert die Errichtung einer revolutionären Regierung von Arbeiterräten. Außerdem, wie Marx lehrte, bestimmt die Produktion die Zirkulation. Und die DDR hat ernsthafte Probleme im Bereich der Produktion. Der gemeinsame Nenner ist die Notwendigkeit vor allem einer sozialistischen internationalen Wirtschaftsplanung, die die nationalistische bürokratische Kommandowirtschaft ersetzt.

Trotz der Tendenz in der westlichen Presse, ostdeutsche Produkte als schäbig hinzustellen, gibt es viele Bereiche der DDR-Wirtschaft, die gut funktionieren. Im Gegensatz zu Polen, wo 76 Prozent des Ackerlands in winzige Parzellen aufgeteilt sind, das Eigentum einzelner Bauern, können die LPGs das Land ernähren, das im Butter- und Bierverbrauch weltweit an erster Stelle steht. Eine ganze Anzahl der 126 riesigen Kombinate (vertikal integrierte Industriegruppen, zusammengesetzt aus zahlreichen Betrieben), die die DDR-Wirtschaft dominieren, sind auf dem Weltmarkt sehr konkurrenzfähig. Meißner bestimmt den Weltstandard für feines Porzellan. Das Maschinenwerk „7. Oktober“ ist ein führender Hersteller von Großmaschinen, Polygraph produziert Präzisionsvierfarbdruckmaschinen. Siemens würde liebend gern ein Joint venture mit den optischen Werken Carl Zeiss in Jena eingehen, um an deren hochentwickelte Technologie ranzukommen.

Gut, der qualmende, knochenschüttelnde Trabi mit seinem Zwei-Takt-Motor, der sich wie ein Rasenmäher anhört und ein Benzin-Öl-Gemisch braucht, ist für autobewußte Deutsche eine nationale Schande. Der neuere Wartburg sieht gut aus und wäre ganz in Ordnung, wenn er einen anständigen Motor hätte und wenn man zehnmal so viel von ihm produzieren würde, so daß man nicht 15 Jahre warten muß, um ihn zu kriegen. Das wirkliche Problem mit Konsumgütern in der DDR ist nicht die schlechte Qualität oder daß es nicht genug davon gibt, sondern daß das Land ein riesiges Sortiment produziert – eine sogenannte „Gemischtwarenladen-Wirtschaft“. Die ostdeutschen Betriebe „strengen sich zur Zeit an, von allen Sorten von Industriegütern, die auf der Welt erhältlich sind, 80 Prozent selbst herzustellen“ (*Washington Post*, 26. November). Einige Produktionslinien werden zurückstecken müssen.

Fortgesetzt auf Seite 6



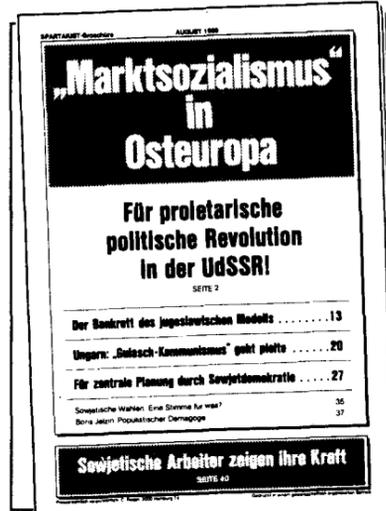
Prag, 27. November: Generalstreik brachte die ČSSR zum Stillstand und stürzte die diskreditierten Führer der Stalinisten. Arbeiterräte müssen das politische Machtvakuum füllen

Feindseligkeit gegen die Polen verwandelt. Polnische Reisende nach Westberlin können ihre Fahrt in der DDR nicht mehr unterbrechen, an der Registrierkasse werden Reisepässe kontrolliert, und Grenzschwach an der Mauer greifen in Stichproben Polen heraus. Gleichzeitig bringt *Neues Deutschland* Artikel mit Schilderungen, wie polnische Schmuggler die Salamihaken leer zurücklassen. Es wurden bereits polnische Autos demoliert. Es gibt viel Feindseligkeit gegen die prokapitalistische Solidarność. Man macht sie zu Recht dafür verantwortlich, Polens Wirtschaft in den Ruin getrieben zu haben. Aber allzu oft mischt sich dies mit antipolnischem Chauvinismus, vom Regime jetzt offen geschürt. Hinter diesem Chauvinismus steckt der gefährliche, rassistische deutsche Nationalismus, den konterrevolutionäre Kräfte gegen die DDR selbst ausschachten werden. Man muß nachdrücklich betonen, daß der Kapitalismus die Gefahr ist, nicht die Polen.

Die Öffnung der Mauer wird es bald für die DDR notwendig machen, etwas mit ihrer Währung zu tun, die außer als interne Tauscheinheit wertlos ist. Westliche Bankiers fordern, die DDR-Mark voll konvertibel zu machen. Dies ist Teil eines breiter angelegten Angriffs auf das staatliche Außenhandelsmonopol. Es wäre äußerst naiv zu denken, der Westen würde einen Fonds einrichten, um die DDR-Mark zu stabilisieren, wie es Ostberlin erbeten hat. Als Schutz vor massiven Wechselkursmanipulationen wie im

schaffen, statt mit vorgehaltenem Gewehr Getreide zu requirieren. Und wie E. Preobraschenski, der spätere Wirtschaftsexperte der Linken Opposition, auf dem 10. Parteikongreß der Bolschewiki 1921 ausführte, war es „unmöglich, mit einem Rubelkurs zu handeln, der auf dem Markt nicht nur innerhalb von Tagen, sondern innerhalb von Stunden fluktuierte“. Während andere davon träumten, daß das Geld in Kürze aussterben würde, trat er ein für eine durch Silber gedeckte Währung. Wie offensichtlich notwendig es war, eine stabile Währung zu haben, um Handel im Land zu führen, kann man den Zahlen entnehmen, die Trotzki in seiner Broschüre „Kapitalismus oder Sozialismus?“ veröffentlichte; sie zeigten, daß 1924/25 die private landwirtschaftliche Produktion (15 Milliarden Tschervonez-Rubel) mehr als doppelt so hoch war wie die der weitgehend nationalisierten Industrie (7,5 Milliarden).

Die Situation in Ostdeutschland heute ist wesentlich anders. Die Landwirtschaft ist zu mehr als 90 Prozent kollektiviert, und von Industrie und Handel ist ein ähnlicher Anteil in staatlicher Hand; so ist es nicht der Binnenhandel, sondern der Außenhandel, der eine stabile Währung erfordert. Und die DDR betreibt Außenhandel in beträchtlichem Ausmaß, etwa 30 Prozent des gesamten Nationaleinkommens. Das ist etwa so viel wie in Westdeutschland, und es ist dreimal so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Der Außenhandel kann auch nicht nennens-



## „Marktsozialismus“ in Osteuropa

Eine Broschüre über die Wirtschaft der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten – eine Analyse von Jugoslawien, Ungarn und Ostdeutschland im Kontext mit Gorbatschows Perestroika. Die Broschüre geht auf frühere Versuche der herrschenden Bürokratien ein, die Stagnation durch Dezentralisierung und „marktorientierte“ Reformen zu bekämpfen, und sie stellt dem das trotzkistische Programm entgegen: für zentralisierte Wirtschaftsplanung auf der Basis von Arbeiterdemokratie.

DM 3,- / 3 Mark (40 Seiten)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 13, Postgirokonto Frankfurt 119 88-601

# Verteidigung der bolschewistischen Revolution!

Год издания 1919-й. Пролетариям всех стран, соединяйтесь!

Российская Социалистическая Федеративная Советская Республика.

## В ПУТИ

Известия Поезда Предреввоенсовета Троцкого

№ 93 12 сентября 1919 года.

**Пролетарий, на коня!**

Славная была Красная армия... (Text continues with revolutionary rhetoric and news from the front lines.)

**Туркестанский фронт.**

В Туркестанском военном округе... (Text reports on military operations in the region.)

**Защита Рабоче-Крестьянской Республики.**

(Резолюция поезда).



Credits: New York Public Library, Hoover Institution, Penguin Books

**Wputi (Auf dem Weg), herausgegeben auf Trotzki's Zug – Waffe im Bürgerkrieg gegen Konterrevolution. Trotzki, gemeinsam mit Lenin Führer der Russischen Revolution, war der Gründer und erste Kommandant der Roten Armee. Für den Transport des Organisators der Roten Armee und seines Stabs zu den entscheidenden Kampffronten organisierte Trotzki am 7. August 1918 seinen legendären Zug. Im Verlauf**

**der folgenden zwei Jahre legte Trotzki's Zug mehr als 100 000 Kilometer zurück und formte dabei die Rote Armee in eine professionelle Kampftruppe um. Im Kampf für die politische Arbeiterrevolution werden die sowjetischen Arbeiter dieser heroischen Erfahrung im Bürgerkrieg wieder den Platz in der sowjetischen Geschichte einräumen, der ihr gebührt.**

## Rotes Deutschland...

Fortsetzung von Seite 5

Einige wirtschaftliche Probleme werden bereits auf kreative Weise gelöst. Seit Wochen ist eine beliebte Parole bei Demonstrationen: „Stasi in die Produktion“. Schon hat das neue Ministerium für Nationale Sicherheit angekündigt, daß es etwa 8000 dieser starken Jungs entläßt, die sich als Bauarbeiter wirklich gut machen würden beim Aufbau der zerfallenden ostdeutschen Innenstädte. (Ganz schön, wenn man bedenkt, daß die Geheimpolizei bisher behauptete, nur 5-6000 Beschäftigte zu haben.) Aber bei einigen in Frage kommenden Arbeitsstellen sagt man schon, „Schnüffler“ seien nicht erwünscht. Als Antwort auf die Forderung nach Ersatzdienst statt Dienst in der Nationalen Volksarmee werden junge Wehrpflichtige in die Krankenhäuser geschickt, um Personal zu ersetzen, das nach dem Westen gegangen ist. Und viele der Baubrigaden, die nach Ostberlin geschickt wurden, um dort Schaulagerprojekte aufzubauen (für den 750. Geburtstag 1988), werden jetzt wieder nach Hause abkommandiert.

Aber auf einem Gebiet gab es große Klagen: die Computer- und Elektronikindustrie, zusammengefaßt im Robotron-Kombinat. Sie wurde von Erich Honecker als das Juwel der DDR gefördert. Etwa 14 Milliarden Mark wurden in die Elektronikentwicklung investiert, viel wurde erreicht. Abgesehen von der UdSSR ist die DDR das einzige Land im Ostblock mit einer umfassenden mikroelektronischen Produktionspalette, von Silicium-

chips zu ganzen Computern. Während die Industrie der DDR technologisch im Durchschnitt 15 Jahre hinterherhinkt, ist der Abstand bei Computern nur fünf bis sechs Jahre. Robotron produziert einen 32-Bit-Minicomputer und hat CAM (Computergestützte Fertigung) und auf Robotern basierende Industrietechnologie entwickelt. Letztes Jahr präsentierte Honecker unter großen Fanfarenklängen den ersten 1-Megabit-Chip, hergestellt vom Zeiss-Kombinat. Der SED-Chef frohlockte, das zeige die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus. Dies stieß auf weitverbreitete Kritik, da Ressourcen falsch eingesetzt würden: wie kann ein Land mit einer Bevölkerung von 16,5 Millionen 1-Megabit-Chips produzieren, wo nur IBM in den USA groß genug ist, dies profitabel zu tun?

Es ist gut möglich, daß dieses Projekt ein Beispiel stalinistischer Größenwahn war, ähnlich wie Chruschtschows Schwur, die USA bei der Produktion von Konsumgütern zu überholen. Wirtschaftsplaner beklagen sich, daß ihnen die Sache vom SED-Politbüro ohne Diskussion aufgehalst wurde. Dies ist genau die Art von Entscheidung, die national Gegenstand einer ausführlichen Debatte in den Arbeiterräten sein sollte, denn es betrifft das gesamte Land. Es sollte eine erhitzte Debatte in der Volkskammer geben und vielleicht einen Regierungswechsel. So haben *alle* einen Fehler gemacht, wenn ein Fehler gemacht wird. Aber es gibt eine andere wichtige Frage, die damit zusammenhängt. Allgemein mag die Entscheidung, sich auf „führende Technologien“ zu konzentrieren, für ein Land richtig sein, dessen Hauptressource seine Facharbeiterschaft ist. Und man kann sicher Argumente dafür finden, warum Ende der 70er Jahre die Entscheidung getroffen wurde, alle Reserven in Com-

puter zu stecken, denn die DDR produzierte nicht nur für ihren eigenen kleinen Markt, sondern für den ganzen Sowjetblock. Und Entwicklungen auf diesem Feld waren sehr wichtig, um dem imperialistischen Technologieboykott zu begegnen, der vom „Cocom“-Programm der NATO begleitet wurde.

Heute steckt Ostdeutschlands Mikroelektronikindustrie in Schwierigkeiten, nicht etwa, weil sie nicht dem letzten Stand der Technik entspräche, sondern weil der sowjetische Markt austrocknet. Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurde 1949 als Stalins Antwort auf den Marshallplan eingerichtet. Er bedeutete einen beschränkten Anfang von internationaler Wirtschaftsplanung, so daß nicht jeder einzelne osteuropäische deformierte Arbeiterstaat alle wichtigen Produkte selbst herstellen mußte. So produzierte Ostdeutschland zum Beispiel landwirtschaftliche Maschinen, Druckmaschinen und eine Anzahl von Gebrauchsgütern für den gesamten Block; Ungarn produzierte die Ikarus-Busse, die CSSR stellte Straßenbahnen her, Polen baute Schiffe, die Sowjetunion lieferte Tupolew-Flugzeuge. Aber heute, unter den Auswirkungen von Gorbatschows marktorientierter Perestrojka, fällt der RGW auseinander. Dieses Jahr importiert die UdSSR 200 000 PCs von Siemens und nur 20 000 von Robotron. Und sogar der Handel innerhalb des Sowjetblocks (der zwei Drittel des Gesamthandels der DDR ausmacht) wird mit Tempo auf Dollarbasis (oder D-Markbasis) umgestellt.

Ein weiteres wichtiges Beispiel für den Schaden, den das Fehlen einer internationalen Wirtschaftsplanung anrichtet, ist Ostdeutschlands Ökologie. Die gesamte südliche Region (auch der Thüringer Wald) leidet unter massiver industrieller Umweltverschmutzung, die schlimmer ist als irgendwo sonst in Europa. Warum? Weil der Hauptbrennstoff der DDR Braunkohle (Lignit) ist, die dadurch gewonnen wird, daß Zehntausende von Hektar von moosartigem Erdboden abgekratzt und der stark rauchende, minderwertige Brennstoff in speziell dafür konstruierten Kraftwerken verbrannt wird. Diese Entscheidung ist relativ neu, von 1982. Der Grund dafür war, daß im Verlauf der Preissteigerungen für Erdöl, die die OPEC Mitte der 70er Jahre durchführte, auch die Sowjetunion ihre Erdölpreise für die RGW-Staaten anhub. Um die Importrechnungen zu verringern, optierte der jetzt geschaffte Wirtschaftsminister Günter Mittag für eine Ultra-Autarkie und für schmutzige Luft. Heute erscheint diese Politik noch verrückter, denn der Weltmarktpreis für Erdöl ist drastisch gefallen.

rakter. Tatsächlich betreffen sie ganz direkt die Zukunft der Deutschen Demokratischen Republik. Politiker und Medien in Westdeutschland haben zu ihrem Mißvergnügen festgestellt, daß praktisch keine politische Kraft in der DDR Marktreformen einführen möchte. Versammlungen von SED-Wirtschaftlern (in Leipzig) und Wirtschaftlern des Neuen Forums (in Berlin) stimmten darin überein, Privatisierungen nach ungarischem/polnischem Vorbild abzulehnen und das Staatseigentum an den Produktionsmitteln zu erhalten. Der Plan für eine „marktorientierte Planwirtschaft“, den Ministerpräsident Modrow vorlegte, sah eine Planwirtschaft vor, die Güter produzieren sollte, die die Leute auch kaufen würden, statt unverkäuflicher Dinge, die Ladenhüter werden. Zum Teil kommt das daher, daß die DDR klein und kompakt ist, es gibt also nicht viel Platz für zwei effiziente Unternehmen in der gleichen Branche. Mit „marktsozialistischen“ Reformen wurde bereits Mitte der 60er Jahre unter Ulbrichts „Neuem Ökonomischen System“ experimentiert, dann, nach wenigen Jahren, zentralisierten sie die Wirtschaft wieder.

Aber das bedeutet nicht, daß die Stalinisten oder die kleinbürgerlichen Oppositionsgruppen ein Leuchtfeuer sozialistischer Planung in einem Meer von Perestrojka-Marktkonkurrenz sein wollen. Vielmehr orientieren sich beide darauf, die DDR mit der westdeutschen Wirtschaft zu verknüpfen. Auch wenn sie von „Sozialismus“ reden, sie alle ermutigen kapitalistisch-restaurative Kräfte. Schon jetzt ist die chemische Industrie (besonders die riesigen Leuna- und Buna-Werke) als Lieferant von Rohmaterialien zum großen Teil in die Pläne von West-

### Abonniert jetzt!

Alle Abo's enthalten Spartakist (deutsche Ausgabe), theoretisches und dokumentarisches Organ der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Land: \_\_\_\_\_ Tel.: \_\_\_\_\_

Volles Abo (8 Ausgaben):

- o DM 10,-/10 Mark
- o Ausland DM 15,-
- o Übersee Luftpost DM 30,-
- o Einführungsabo (3 Ausgaben) DM 4,-/4 Mark

**Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!**

So haben Positionen zu diesen Wirtschaftsfragen ausdrücklich politischen Cha-

### Kontaktadressen

**Hamburg:** TLD  
c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31  
2000 Hamburg 11  
Tel.: (0 40) 32 36 44

**Westberlin:** Postfach 21 07 50  
1000 Berlin 21  
Tel.: (0 30) 8 82 39 64

**Spartakist-Treffpunkt und Leseraum:**

Halkevi  
Kottbusser Damm 74  
2. Stock  
U-Bahn Hermannplatz  
Westberlin

geöffnet: Mo-Fr 17-20 Uhr  
Sa-So 14-21 Uhr

geschlossen: 17. Dezember 1989

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Postgiro Ffm 119 88-601

# SEW aufgelöst, DKP folgt auf dem Fuße

Am 7. Dezember erklärte der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins die Auflösung der Partei. Und das DKP-Präsidium bringt einen Notaufruf nach dem anderen über den Zustand der kriselnden Partei heraus. Spaltung und Zerfall stehen vor der Tür. Selbst der Bundesvorstand der VVN muß Ende des Jahres die Arbeit einstellen. Hierbei spielt die Abschaffung der DDR-Subventionen an die DKP/SEW eine Rolle. Geld weg, DKP/SEW kaputt. Doch der Grund für die organisatorische Auflösung des Stalinismus im kapitalistischen Teil Deutschlands ist politisch. Es ist eine Erklärung des völligen politischen Bankrotts.

Gerade jetzt, wo die westdeutschen Kapitalisten mit Kohl an der Spitze ihre gierigen Pranken nach der DDR ausstrecken, suchen die selbsternannten unkritischen „Verteidiger“ der DDR das Weite. Gerade jetzt, wo sich die DDR über Nacht von einem Vopostaat zu einem Land mit weitreichenden politischen Debatten und Massendemonstrationen entwickelt hat, wo eine politische Revolution angefangen hat, nehmen diese „Revolutionäre“ ihren Hut.

Nicht nur, daß DKP/SEW spätestens seit Gorbatschows Glasnost und Perestroika zwischen den Stühlen saßen, aufgerieben zwischen sozialdemokratischen „Erneuerern“ und der alten Mies-Garde, die weiterhin zu Honeckers Kasernen-„Sozialismus“ stand. Ihr Programm war immer schon nichts weiter als ein Abklatsch sozialdemokratischer Politik. So forderten sie vom Nachfolgestaat des Dritten Reiches das Verbot der Nazis und schürten Illusionen, daß die Republikaner-Polizisten die Republikaner-Nazis bekämpfen könnten. Reformismus in Reinkultur, der dazu diente, Mobilisierungen der Arbeiterklasse zu verhindern.

Und in der NATO-Stadt Westberlin, wo sich alle Fronten schärfer stellen, erschöpfte sich die Aktivität der SEW in offener Unter-

stützung der „rot“-grünen Koalition. Dies ging so weit, daß eine von der Lehrgewerkschaft GEW in den Vorstand gewählte Kommunistin nach der Wahl der Momper-Regierung unter massivem antikommunistischen Druck zugunsten der antisowjetischen Volksfront abtrat. Diese Volksfront-Paralyse breitete sich aus. Während vor Monaten die Massen noch gegen die Nazis vor das Westberliner Kongreßzentrum gezogen waren, gab es am 12. Mai, als der türkische Metallarbeiter Ufuk Şahin im Märkischen Viertel brutal von einem Rassisten ermordet wurde, keine Massenproteste.

In ihrem Parteiprogramm „Westberlin im Jahre 2000“ (abgeschrieben vom genauso kriecherischen DKP-Programm „BRD 2000“) trieb die SEW ihr Kleben am Status quo ins Absurde. Als ob der deutsche Imperialismus „friedlicher“ geworden wäre, propagierten sie Klassenzusammenarbeit im eigenen Land und international. Das Verschwinden der SEW/DKP ist sicher kein Verlust für die Menschheit, doch viele, die ehrlich Kommunisten sein wollten, sind verspielt worden.

Sozialismus in einem Lande, in einem halben Lande, in einer geteilten Frontstadt und dann ... kein Sozialismus überhaupt. Die SPD dagegen bildet ihren Generalstab für Konterrevolution in der DDR, verlegt ihren Parteitag nach Westberlin und pumpt nach wie vor Unmengen von D-Mark in ihre Friedrich-Ebert-Stiftung, deren Blutspur durch die ganze Welt verläuft.

Aber der Klassenkampf hörte nicht auf zu existieren, als die SEW/DKP-Spitzen beschlossen, das Handtuch zu werfen. Vom heroischen Jalalabad über die sibirischen Bergarbeiter, die Arbeiter in der ČSSR und der DDR bis zu den Aufständischen in El Salvador lebt der Kampf der Arbeiter und Unterdrückten für eine gerechte, klassenlose Gesellschaft. Als Trotzki's Vierte Internationale

1938 gegründet wurde, verpflichtete sie sich, die Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen den Imperialismus und gegen innere Konterrevolution zu verteidigen. Diesem Prinzip sind die Trotzkiisten treu geblieben. Heute sind diese Errungenschaften, die auf den Bajonetten der Roten Armee bis an die Elbe getragen wurden, in Gefahr. Zu ihrer Verteidigung stehen wir auch jetzt.

Während die stalinistischen Parteien zusammenfallen, bestätigt sich, daß nur die Trotzkiisten das Programm haben, um den Stalinismus zu bekämpfen und die sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen. Den

Genossinnen und Genossen von SEW und DKP, die an ihren kommunistischen Idealen festhalten und den Mut zum Klassenkampf nicht verloren haben, sagen wir: Studiert mit uns die wirkliche Geschichte der von Lenin und Trotzki geführten Russischen Revolution! Brecht völlig mit der stalinistischen Politik, dem „Sozialismus in einem Lande“! Kehrt zum kommunistischen Internationalismus zurück! Baut mit uns eine wirkliche kommunistische Partei auf, auf dem Felsen des egalitären Leninismus!

Nach Spartakist Arbeiterpressekorrespondenz Nr. 4, 12. Dezember

## Leo Trotzki über die proletarische politische Revolution



Leo Trotzki, zusammen mit Lenin Führer der Oktoberrevolution, analysierte die bürokratische Degeneration der Sowjetunion unter Stalin und die Notwendigkeit für die Arbeiter, die Sowjetdemokratie wieder herzustellen, um die Oktobererrungenschaften zu verteidigen.



Dem Proletariat eines zurückgebliebenen Landes war es beschieden, die erste sozialistische Revolution zu vollbringen. Dies geschichtliche Vorrecht wird es allem Anschein nach mit einer zweiten, ergänzenden Revolution, einer gegen den bürokratischen Absolutismus bezahlen müssen...

Es handelt sich nicht darum, eine herrschende Clique durch eine andere zu ersetzen, sondern darum, die Methoden zu ändern, nach denen Wirtschaft und Kultur geleitet werden. Das bürokratische Selbstherrschertum muß der Sowjetdemokratie Platz machen. Wiederherstellung des Rechts auf Kritik und einer wirklichen Wahlfreiheit ist notwendige Vorbedingung für die weitere Entwicklung des Landes. Das setzt voraus, daß den Sowjetparteien, angefangen mit der Partei der Bolschewiki, die Freiheit wiedergegeben wird und die Gewerkschaften wiederaufstehen. Auf die Wirtschaft übertragen bedeutet die Demokratie gründliche Revision der Pläne im Interesse der Werktätigen. Freie Diskussion der Wirtschaftsprobleme wird die Unkosten der bürokratischen Fehler und Zickzacks senken... Die Jugend wird frei atmen, kritisieren, irren und mannhaft werden dürfen. Schließlich wird die Außenpolitik zu den Traditionen des revolutionären Internationalismus zurückkehren.

Leo Trotzki  
(Verratene Revolution, 1936)

deutschlands Chemiegiganten Hoechst, Bayer und Schering eingegliedert (Hoechst und Bayer waren Teil des riesigen IG-Farben-Konzerns, dem Produzenten von Zyklon B für die Nazi-Todeslager). Die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen DDR-Regierung, sofern sie überhaupt eine hat, besteht darin, die Kombinate in noch größeren Einheiten zu konzentrieren, um auf dem kapitalistischen Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. In den Worten der Finanzministerin Christa Luft: sie würden „sozialistische multinationale Unternehmen“ werden (*Liberation*, 30. November). Die Gefahr dabei ist, daß die mächtigen Kombinatendirektoren schon jetzt ganz ähnlich wie westliche Konzernmanager denken.

Für eine Übergangszeit, in der das Telefonnetz und die Straßen der DDR erneuert werden und die wirtschaftliche Durchdringung durch die Kapitalisten zügig voranschreitet, können die Imperialisten daher mit ihren konterrevolutionären Plänen fortfahren, ohne daß auch nur eine Fabrik an einen kapitalistischen Eigentümer verkauft wird. Sie haben vielleicht hier ein paar Joint-Venture-Unternehmen, orientiert auf den Export ins restliche Osteuropa; und dort haben sie ein paar nationalisierte Fabriken, die Teile für VW produzieren; große Darlehen von der Deutschen, der Dresdner und der Commerzbank; „Trainingsseminare für Manager“ usw. Und über die Medien unaufhörlichen ideologischen Druck auf die Bevölkerung sowie auf die politischen Aktivisten. FDP-Chef Graf Lambsdorff heizte ein bißchen an: „Wenn Oppositionelle dort immer noch den Traum vom gerechten Sozialismus träumen, dann müssen sie den alleine weiterträumen“ (*Handelsblatt*, 1. Dezember). Oder, wie Kohl es ausdrückt, ohne Marktformen keine D-Mark. Und Gorbatschow schickt aus Moskau die gleiche Botschaft.

Obwohl es in Deutschland, Ost wie West, weitverbreitet ist, sich auf sozialistische Werte zu berufen, wird die gesamte Debatte in „demokratischem“ Vokabular ausgetragen. Im Bundestag gibt es Christdemokraten, Freie Demokraten, Sozialdemokraten; auf

der anderen Seite der Mauer hat man die Demokratische Republik, die die Opposition „wahrhaft demokratisch“ machen will. Aber im Kampf für Arbeiterdemokratie, die auf Räten basiert, stellt sich die Frage der Klassenherrschaft. In der DDR wächst die Klassendifferenzierung zwischen der technischen/künstlerischen Intelligenz und der Arbeiterklasse. Kombinatendirektoren sitzen Seite an Seite mit ihren Pendants aus der Bundesrepublik, und SED-„Reformer“ Modrow besuchte letzten September das Daimler-Benz-Hauptquartier; die Haltung der kleinbürgerlichen Opposition gegenüber der Arbeiterklasse faßt ein Ostberliner Mathematiker zusammen, der den Sozialdemokraten beitrug und

„die Klagen und Hoffnungen der unterdrückten Leistungsgesellschaft aussprach. Die Klagen richteten sich nicht nur nach oben an seine Parteibosse, sondern auch nach unten, an den ‚durchschnittlichen

Handarbeiter‘, der, wie er sagt, etwa das gleiche Monatsgehalt wie er selbst erhält... Vor allem fürchtet er die Trägheit der halbarbeitenden Klasse – ‚diese Leute, die jeden Tag nur ein paar Stunden arbeiten, aber das gleiche Gehalt mit nach Hause nehmen wie alle anderen auch‘, und die nicht wollen, daß sich irgendwas ändert“ (*Financial Times*, 30. November).

Die ostdeutschen Arbeiter wollen ihr Land von oben bis unten umwälzen, um die „Betonköpfe“ der stalinistischen Bürokratie rauszuschmeißen und um denjenigen den Weg zu versperren, die wollen, daß der deutsche Kapitalismus die DDR schluckt. Und dieser Kampf muß nicht für Sozialismus in einem halben Land geführt werden, sondern für Sozialismus in ganz Deutschland und international. Denn solange der Imperialismus billigere und bessere Güter herstellt, solange der Kapitalismus eine höhere Arbeitsproduktivität hat, wird das eine tödliche

Bedrohung für einen isolierten sozialistischen Staat sein. Der DDR-Schriftsteller Rathenow kommentierte: Eine Perspektive, die sich nur auf die DDR orientiert, wird wieder zum Ergebnis haben, daß mit sozialistischen Vorsätzen die Knappheit verwaltet wird, eine Art von Albanien auf höherem Niveau. Karl Marx und Friedrich Engels drückten dies in ihrer *Deutschen Ideologie* (1845/46) als allgemeines Gesetz aus:

„... diese Entwicklung der Produktivkräfte...“ ist „eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte, weil ferner nur mit dieser universellen Entwicklung der Produktivkräfte ein universeller Verkehr der Menschen gesetzt ist... Ohne dies... würde jede Erweiterung des Verkehrs den lokalen Kommunismus aufheben.“

Darum ist der stalinistische Wunschtraum des „Sozialismus in einem Land“ eine reaktionäre Utopie.

Um die willkürliche Alleinherrschaft einer allmächtigen Bürokratie zu ersetzen und die DDR von stalinistischen Exzessen zu säubern, muß die politische Macht in den Händen von Arbeiterräten liegen, die von unten gewählt werden und die die Errungenschaften dieser Gesellschaft, die noch nicht sozialistisch ist, gegen alle Klassenfeinde, von außen oder von innen, verteidigen. Um das zu erreichen, ist es dringend notwendig, eine neue KPD zu schmieden, eine egalitäre leninistische Arbeiterpartei, die den Kampf für eine proletarisch-politische Revolution im Osten und für eine sozialistische Revolution im kapitalistischen Westen führt. Für ein rotes Rätedeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! Das ist das Programm der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) und ihrer deutschen Sektion, der Trotzkiistischen Liga Deutschlands.

Übersetzt aus Workers Vanguard  
Nr. 491, 8. Dezember 1989

## Spartakist-Veranstaltungen

Hier kannst Du marxistische Literatur und Schriften der Arbeiterbewegung aus der ganzen Welt erhalten  
Triff Dich mit Vertretern der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Samstag, 16. Dezember, 14 Uhr:

**Trotzki: Die Russische Revolution und ihre Degeneration**

Mittwoch, 27. Dezember, 19 Uhr:

**Für proletarische politische Revolution in UdSSR, Osteuropa, China!**

Türkisches Volkshaus Halkevi  
Kottbusser Damm 74  
2. Stock, Hinterhaus  
(U-Bahn Hermannplatz)  
Westberlin



# SPARTAKIST

**BRD-Bankiers träumen von wiedervereinigtem „Viertem Reich“**

## Für ein rotes Deutschland in einem sozialistischen Europa!

Als die Reisebeschränkungen an der Berliner Mauer fielen, schnellten die Kurse an der Frankfurter Börse in die Höhe. Denn während Millionen Ostdeutsche überkamen, um sich die glitzernden Schaufenster des Westens anzusehen, lief den westdeutschen kapitalistischen Herrschern beim Gedanken, die DDR zu verschlingen, das Wasser im Munde zusammen. Die Industriefürsten versprechen sich billige Arbeitskraft und neue Märkte. Die Finanziere reden von Krediten in Milliardenhöhe, mit denen sie eine vorge-

### FÜR EINE LENINISTISCH-TROZKISTISCHE ARBEITERPARTEI!

schobene Basis für die massive Durchdringung des bisherigen sowjetischen Blocks schaffen wollen. Die Politiker im Bundestag beklatschen Kohls Zehn-Punkte-Programm für Konterrevolution in Etappen. Aber während die deutschen Imperialisten aggressiv ihren Drang nach Osten verfolgen, ist es ein Massenaufbruch, der das Regime in Ostberlin ins Wanken gebracht hat.

Die bloße Existenz der DDR steht auf dem Spiel, und es stellt sich die Frage: welche Klasse wird herrschen? Entweder entreißt das Proletariat die politische Macht der parasitären Bürokratie, deren Korruption und krasse Mißwirtschaft tagtäglich enthüllt werden, oder die Herren von Daimler/MBB werden ein Viertes Reich des deutschen Imperialismus schaffen, die Arbeiter tyrannisieren und die Welt bedrohen. Die ostdeutschen Massen haben immer wieder in Mobilisierungen gezeigt, daß sie es satt haben, bevormundet zu werden, und daß sie dafür kämpfen wollen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Man hört zwar Stimmen, die



Ostberlin, 4. November: größte Demonstration in der Geschichte der DDR. Die Alternative für die DDR: kapitalistische Wiedervereinigung oder proletarische politische Revolution

eine kapitalistische Wiedervereinigung fordern, doch gibt es viel mehr Menschen, die nicht in einer Deutschen-Bank-Republik leben wollen, sondern in einer Gesellschaft von Gerechtigkeit und Gleichheit. Die Mitgliedschaft der SED ist aufgestanden, um das Politbüro und das Zentralkomitee zu Fall zu bringen, unter den Losungen: „Wir sind die Partei!“ und „Nieder mit dem Stalinismus!“

Obwohl der ostdeutsche Arbeiterstaat von Geburt an deformiert war, ist seine vergesellschaftete Wirtschaft eine historische Errungenschaft, die bis zum letzten verteidigt werden muß. Diese Errungenschaft wurde aus

Trümmern aufgebaut, durch jahrelange harte und entbehrungsreiche Arbeit der Werktätigen in der DDR. Sie entstand aus dem Sieg der Roten Armee – erkaufte mit dem Leben von 20 Millionen Sowjetbürgern – über die Nazi-Tyrannie. Und sie legt die Basis für eine sozialistische Zukunft, nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Aber der Bankrott des Stalinismus zeigt, daß es nicht möglich ist, „Sozialismus in einem Lande“ aufzubauen, erst recht nicht in einem halben Land. Wir Trotzkiisten erklären: Die einzige Alternative zur Herrschaft der Banken, die auch Hitlers imperialistischen Krieg

und seinen Holocaust finanzierten, ist die *sozialistische Weltrevolution*. Erst dann kann eine internationale Planwirtschaft für die Bedürfnisse der Menschen statt für den Profit produzieren.

### Nein zu einer Deutschen-Bank-Republik!

In Warschau will das prokapitalistische Solidarność-Kabinet die verstaatlichte Industrie zu Winterschlußverkaufspreisen verschern, in Ungarn sind es die als „Sozialisten“ bezeichneten. Fortgesetzt auf Seite 4

## Was die Spartakisten wollen

Die Trotzkiistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), steht in der revolutionären marxistischen Tradition von Lenin, Luxemburg und Liebknecht. Wir kämpfen für das kommunistische Programm und die Ideale der bolschewistischen Revolution, die durch den Stalinismus jahrzehntelang pervertiert und verraten worden sind.

Seit Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu zerschlagen. Die stalinistische Bürokratie erwuchs aus und nährte sich von proletarischen Niederlagen, besonders der der Deutschen Revolution. Stalins Dogma des „Sozialismus in einem Land“ ist eine nationalistische, antisozialistische Lüge zu dem Zweck, den Imperialismus zu beschwichtigen. Um das zu erreichen, unterminiert die Bürokratie im internationalen Maßstab revolutionäre Kämpfe und beraubt im eigenen Land die Arbeiterklasse der politischen Macht.

Getreu dem Programm der frühen Kom-

munistischen Internationale steht Trotzkiismus für sozialistische Weltrevolution. Wir rufen auf zur proletarisch-politischen Revolution, zur Herrschaft von Arbeiterräten anstelle der korrupten parasitären stalinistischen Bürokratien, die die sozialistischen Grundlagen der Arbeiterstaaten gefährden. Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden – verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten – Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht –, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzkiisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Räte macht in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern – für ein rotes Räte Deutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Als proletarische Internationalisten unter-

stützen wir alle antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, von El Salvador bis Südafrika. Wir grüßen die heroischen Verteidiger Jalalabads gegen die mörderischen CIA-Söldner in Afghanistan.

Jede Erscheinung von Rassismus und Chauvinismus muß unerbittlich bekämpft werden. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!

Wir treten ein für eine vergesellschaftete Planwirtschaft ohne Parasitentum, Willkür und nationale Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Durch Räte demokratische Grundlegung der Wirtschaft und Gesellschaft festgelegt werden. Fabrikkomitees müssen die Produktion überwachen. Demokratisch gewählte Verbrauchergenossenschaften müssen Qualität und Preis der Güter überwachen.

Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die

sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite aller derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite aller derer, die schwören, daß Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Laßt uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden – eine kommunistische Massen-Avantgardepotei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird.

**Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!**